

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(17. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/472 –**

Die Europäische Spallations-Neutronenquelle (ESS) in Deutschland fördern

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel, Dr. Christoph Bergner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/654 –**

**Sachgerechte Planungsentscheidungen zum Bau einer Europäischen
Spallations-Neutronenquelle ermöglichen**

A. Problem

Zu den Nummern 1 und 2

Nach Auffassung der Antragsteller kommen Entscheidungen über den Bau von Großgeräten der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung wie der Spallations-Neutronenquelle (ESS) im Hinblick auf die Erfüllung der auf den Tagungen des Europäischen Rates in Lissabon 2000 und Barcelona 2002 vereinbarten forschungspolitischen Ziele strategische Bedeutung zu.

Die OECD habe 1999 der Empfehlung des MegaScience Forums der OECD, den Bau von Spallations-Neutronenquellen im Megawatt-Bereich in Asien, Nordamerika und Europa vorzusehen, zugestimmt.

Die Ablehnung des Projektes ESS durch den Wissenschaftsrat könne nicht als endgültig betrachtet werden und die Entscheidung der Bundesministerin für Bildung und Forschung, die ESS vorerst nicht zu fördern, sei verfrüht erfolgt worden und wissenschaftspolitisch falsch. Sie widerspreche auch dem in den Koalitionsvereinbarungen festgehaltenen Willen der Koalitionsfraktionen, in den neuen Bundesländern ein Großforschungsgerät anzusiedeln und der Region dadurch wissenschaftliche und wirtschaftliche Impulse zu geben.

B. Lösung

Zu den Nummern 1 und 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit Europa seine wissenschaftliche Führungsrolle in der Neutronenspallations-Forschung aufrechterhalten könne und den Bildungs- und Forschungsausschuss des Deutschen Bundestages rechtzeitig und umfassend zu informieren und zu beteiligen. Insbesondere solle ein neues, zweistufiges Prüf- und Bewertungsverfahren zu einer gemeinsamen europäischen Umsetzung des Projektes führen. Die Bundesregierung solle zudem der Bewerbung Sachsens, Sachsen-Anhalts und Nordrhein-Westfalens um den Standort der ESS offen gegenüberstehen.

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/472 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/654 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme der Anträge.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag – Drucksache 15/472 – abzulehnen;
2. den Antrag – Drucksache 15/654 – abzulehnen.

Berlin, den 15. März 2005

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Cornelia Pieper
Vorsitzende/Berichterstatterin

Andrea Wicklein
Berichterstatterin

Dr. Christoph Bergner
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andrea Wicklein, Dr. Christoph Bergner, Hans-Josef Fell und Cornelia Pieper

I. Überweisung

Zu den Nummern 1 und 2

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf Drucksachen 15/472 und 15/654 in seiner 37. Sitzung am 3. April 2003 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die **Fraktion der FDP** verweist auf die Zielsetzung der Europäischen Union, bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Erde zu werden. Deutschland als größter europäischer Volkswirtschaft komme dabei eine besondere Verantwortung zu und müsse daher wieder zu einer führenden Nation im Wettbewerb um Innovation und Investition werden.

Das Projekt einer vom OECD Ministertreffen 1999 empfohlenen europäischen Spallations-Neutronenquelle sei vom Wissenschaftsrat 2002 als vorerst nicht förderungswürdig eingestuft worden. Die Bundesregierung habe daraufhin beschlossen, die ESS nicht zu fördern.

Im Dezember 2002 hätten sich die Vertreter der Bewerbungskländer, der assoziierten Forschungsinstitute und des Wissenschaftsrats auf ein neues Begutachtungsverfahren geeinigt, in dem zeitlich getrennt in einer ersten Stufe der wissenschaftliche Ansatz und die technische Machbarkeit, in einer zweiten Stufe die Finanzierung und die Standortfrage begutachtet werden sollen.

Mit dem Bau der ESS würde man auch der Forderung des Koalitionsvertrages der Regierungskoalition gerecht, in den neuen Bundesländern als Maßnahme des Aufbaus Ost ein Großforschungsgerät anzusiedeln.

In dem Antrag wird gefordert, dass die Forschungs- und Entwicklungsausgaben Deutschlands in den nächsten zehn Jahren kontinuierlich auf mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts wachsen sollen.

Weiterhin wird verlangt, dass künftig keine Entscheidungen über den Bau und den Betrieb von Großforschungsgeräten ohne Beratung mit dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung erfolgen.

Unter Hinweis auf die Tatsache, dass von den 965 Mio. Euro für die vier bisher von der Bundesregierung genehmigten Projekte nur 25 Mio. Euro den neuen Bundesländern zu Gute kämen, wird verlangt, dass die Bundesregierung der erneuten Bewerbung der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen um die ESS offen gegenüberstehe.

Zu Nummer 2

Bei der Erfüllung der bereits in Nummer 1 formulierten anspruchsvollen Ziele der europäischen und nationalen Forschungsförderung kommt nach Aussage der **Fraktion der CDU/CSU** den Entscheidungen über Großgeräte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung eine strategische Bedeutung zu.

Über die Entscheidungen der Bundesregierung, fußend auf den Förderempfehlungen des Wissenschaftsrats, sei der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung erst im Nachhinein informiert worden. Die Ablehnung des Projektes ESS durch den Wissenschaftsrat könne nicht als endgültig ablehnend betrachtet werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Anstrengungen zu unternehmen, damit Europa seine wissenschaftliche Spitzenposition auf dem Feld der Spallations-Neutronenquellen nicht an Japan oder die USA verliert.

Ein zweites, zweistufiges Begutachtungsverfahren zur ESS sei einzuräumen. Erst nachdem die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Bundesregierung im Ausschuss diskutiert wurden, sei eine Entscheidung über das Projekt zu fällen. Für den Fall einer erfolgreichen Bewertung wird die Bundesregierung aufgefordert, mit europäischen Partnern in Verhandlungen über die gemeinsame Umsetzung des Projekts zu treten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/472 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/472 abzulehnen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Haushaltsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/654 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 15/654 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** wurde am 12. Februar 2003 in seiner 6. Sitzung vom BMBF über den aktuellen Stand der Planung neuer Großforschungsprojekte in Deutschland unterrichtet. In seiner 13. Sitzung am 4. Juni 2003 wurden die Anträge anberaten. In seiner 53. Sitzung am 16. Februar 2005 hat der Ausschuss die Vorlagen abschließend beraten und empfiehlt:

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/472 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags – Drucksache 15/654 – mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP.

Anberaterung der Anträge in der Sitzung des Ausschusses am 4. Juni 2003

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt fest, dass ihr Antrag mit dem der Fraktion der FDP gemeinsam habe, dass es sich bei der Frage der Planung einer Europäischen Spallations-Neutronenquelle um eine strategische Weichenstellung der Forschungspolitik für Deutschland und Europa handle. Es gehe darum, den Wissensvorsprung Europas gegenüber anderen führenden Staaten der Welt im Bereich der Neutronenforschung zu erhalten. Dieser Vorsprung dürfe nicht durch die Verweigerung der materiell technischen Basis des entsprechenden Forschungszweiges riskiert werden. Übereinstimmung mit dem Antrag der Fraktion der FDP bestehe in der Unzufriedenheit bei der Fraktion der CDU/CSU mit dem bisherigen Entscheidungsverfahren über dieses wichtige Vorhaben. Man habe sich erstens angesichts der Bedeutung dieser Entscheidung eine stärkere Parlamentsbeteiligung gewünscht, insbesondere des Ausschusses; sie könne nicht darauf beschränkt sein, solche Entscheidungen nachträglich „abzunichten“. Zweitens halte man es für höchst problematisch, dass in Auslegung der Empfehlung des Wissenschaftsrats eine erkennbare Konzentration auf bestehende Standorte vorgenommen werde. Als Beispiel wird angeführt, dass es schwer zu erklären sei, warum die GSI Darmstadt mit der Kategorie 2 berücksichtigt werde, aber die ESS prinzipiell ausgeschlossen werden solle. Man warne davor, als Ausschuss einer Option das Wort zu reden, die auf die Sicherung vorhandener Standorte abziele und den Mut zur Schaffung neuer Standorte völlig ausschließe. Man sehe auch nicht den in der Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün hervorgehobenen Standpunkt verwirklicht, Großforschungsprojekte für die neuen Bundesländer zu schaffen. Unabhängig vom Standort sei das Verfahren, sich nur auf die Pflege vorhandener Standorte zu beschränken, in einem dynamischen Bereich wie der Forschungsförderung, höchst problematisch.

Im Unterschied zur Fraktion der FDP, die sich für das Anliegen stark mache, setze die Fraktion der CDU/CSU in ihrem Antrag den Akzent auf eine sachgerechte Entscheidung zur ESS. Dabei spiele der Gesichtspunkt eine wichtige Rolle, dass es eine offensichtliche Diskrepanz zwischen der politischen Ent-

scheidung, dies jetzt nicht in Angriff zu nehmen und der Bewertung des Projektes innerhalb der Scientific Community andererseits gebe. Die Wissenschaft halte das Projekt für notwendiger und vorrangiger als die Politik. Der Ausschuss stehe in der Pflicht, die unterschiedlichen Gesichtspunkte sauber voneinander zu trennen. Der „Scientific Case“ müsse besonders bewertet werden, und erst dann sei die Finanzierungsentscheidung zu treffen. Dies sei Gegenstand einer von ursprünglich drei Bundesländern getragenen Forderung eines neuen, zweistufigen Antragsverfahrens. In diesem Punkt sieht die Fraktion der CDU/CSU Anlass zu großer Sorge, die wissenschaftsinterne Meinungsbildung werde durch die Macht des BMBF politisch manipuliert. Sie wolle diesen Vorwurf belegen:

Man sehe im Land Nordrhein-Westfalen einen Sinneswandel. Die zuständige Wissenschaftsministerin Kraft habe am 6. Februar 2003 geäußert: „Für die Entscheidung des BMBF, ESS derzeit nicht zu fördern, sei nicht die wissenschaftliche Rentabilität des Projektes, sondern die derzeitige, auch bei den europäischen Partnern schwierige Haushaltssituation ausschlaggebend.“ In einer Presseerklärung vom 3. Februar 2003 habe gestanden: „Ich halte ein zweites Bewerbungsverfahren für dringend erforderlich, um dieses europäische Projekt auf die wissenschaftliche Qualität zu prüfen, um zu den wissenschafts- und forschungspolitischen Optionen in Deutschland und Europa Anhaltspunkte zu erhalten. Mir erschließt sich die Notwendigkeit nicht, jetzt aufgrund deutscher Finanzierungsprobleme europäische Forschungsoptionen zu den Akten zu legen. Darüber hinaus halte ich es nicht für angemessen, zum jetzigen Zeitpunkt die abschließende Finanzierungsentscheidung zu treffen, die wissenschaftliche Option zu erledigen und damit Zukunftschancen für den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland zu verspielen.“

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, das Land Nordrhein-Westfalen sei aus dem Kreis der Antragsländer ausgetreten, ohne dass sich in der Sache neue Gesichtspunkte ergeben hätten. Ihr falle bei der Frage nach den Ursachen des Austritts nur eine parteipolitische Loyalität ein, die offensichtlich über die wissenschaftspolitischen Gesichtspunkte der Ministerin Kraft obsiegt habe. Sie betrachte dies als einen Hinweis auf politische Manipulation wissenschaftsinterner Entscheidungen.

Staatssekretär Dr. Wolf-Dieter Dudenhausen (BMBF) habe ausgeführt: „Mit ihm sei dies nicht zu machen, eine Vorlage, in der es nicht mehr oder weniger heiße, eine Option mit ESS ist offen zu halten.“ Die Auswirkungen eines solchen Zitates ließen sich belegen:

- Die Einrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft Jülich beteilige sich nicht mehr aktiv an der Antragstellung.
- Das Hahn-Meitner-Institut Berlin, das den Forschungsstandort in den neuen Bundesländern in die Diskussion gebracht und wissenschaftlich begleitet habe, sei nicht mehr bereit, die antragstellenden Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt bei der zweiten Antragstellung wissenschaftlich zu beraten. Man habe verschiedene Rückfragen an das Institut gerichtet und wolle angesichts offenkundiger Pressionen des BMBF niemanden zitieren. Hier werde deutlich, es gebe eine politische Einflussnahme, bei der das Dudenhausen-Zitat offenbar nur die Spitze eines Eisbergs sei.

Die Vorstellungen der Fraktion der CDU/CSU von Wissenschaftsfreiheit verträgen sich mit einem solchen Verhalten nicht. Sie appelliere an das Engagement des Parlama-

rischen Staatssekretärs Christoph Matschie Anfang der 90er Jahre im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulerneuerung der neuen Bundesländer. In den Hochschulerneuerungsgesetzen von Sachsen und Sachsen-Anhalt habe man sich damals mit den Zeiten auseinander gesetzt, in denen sachfremde politische Entscheidungen wissenschaftliche Entscheidungsprozesse beeinflussten. Sie nehme eine solche verdeckte politische Einflussnahme auf eine wissenschaftsinterne Bewertung über eine Zukunftsentscheidung zur Forschungspolitik in Deutschland – unabhängig vom Abstimmungsergebnis des Antrags – nicht hin und kündigt weitere parlamentarische Initiativen an. Es sei fatal, dass Finanzgesichtspunkte verdeckt durch Einflussnahme auf den wissenschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess zur Geltung gebracht würden. Deshalb sei es das Anliegen der Fraktion, sachgerechte Entscheidungen über die Spallations-Neutronenquelle zu ermöglichen und der Wissenschaft zur eigenen Bewertung Raum zu geben. Mit der finanziellen Rahmensetzung müsse man sich dann in Verantwortung für den gesamten Bundeshaushalt auseinandersetzen.

Nach Auffassung der **Fraktion der FDP** steht der Ausschuss fraktionsübergreifend dazu, mehr Geld in die Forschung zu investieren.

Sie verweist auf das Bekenntnis der Bundesregierung, jährlich 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschungszwecke zu verwenden. Deshalb stelle sich die Frage, wie dies umgesetzt werden solle. Es gebe Bewertungen hochrangiger internationaler Wissenschaftler, die die Spallations-Neutronenquellen im Mega-Watt-Bereich als die herausragende Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts bezeichneten. Deutschland habe mit seinem Know-how eine Vorrangstellung. Als Wissenschaftspolitiker sei man vor die Entscheidung gestellt, wie für die nächsten Jahrzehnte die Weichenstellung vorgenommen werden solle. Es werde nicht so schnell wieder die Möglichkeit geben, über eine so herausragende wissenschaftliche Maßnahme zu entscheiden. Deshalb sei die Bundesregierung schlecht beraten gewesen, ohne Berücksichtigung dieser Erkenntnisse, ohne die Empfehlungen der EU den Standort Deutschland für die Spallations-Neutronenquelle abzulehnen, obwohl es andere Tendenzen im zuständigen europäischen ITRA-Ausschuss und in den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt gebe.

Diese Bundesländer hätten vorausschauend Haushaltsmittel für ein solches Großgerät eingestellt. Der Fraktion der FDP sei unverständlich, dass die Bundesregierung auf Ablehnung setze. Sie empfehle diesem Ausschuss, auch wenn die mitberatenden Ausschüsse die Anträge ablehnen würden, abzuwarten, wie sich die zuständigen Gremien des Europäischen Parlaments und der Wissenschaftsrat nach der neuen Präsentation der beiden Bundesländer zur ESS entscheiden werden.

Man wolle nicht weiter auf die dramatische Situation in den neuen Bundesländern eingehen, keiner habe ein Patentrezept für die Senkung der Arbeitslosigkeit, für die Stärkung des Wirtschaftswachstums. Die Investitionen in die Bereiche Forschung und Wissenschaft könnten aber wichtige Impulsgeber für einen selbsttragenden Aufschwung sein. Die Fraktion der FDP bittet, die endgültige Entscheidung des Wissenschaftsrats abzuwarten und erst dann die Anträge abzustimmen.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird daran erinnert, dass zurzeit des Einbringens des Projekts ESS von Seiten der Opposition nicht viel zu hören gewesen sei. Inzwischen gebe es einen Koalitionsvertrag, der den Vorrang von neuen Groß-

forschungseinrichtungen für den Osten Deutschlands festschreibe. Sie sehe in der heutigen Argumentation der Opposition keine Stringenz. Man habe sich gegen den Einfluss der Politik auf die Wissenschaft gewehrt und gefordert, die Koalition möge den Voten des Wissenschaftsrats, der Begutachtungsgremien und der Institute folgen. Die Politik solle sich heraus halten.

Die Opposition mache sich für eine Technologie stark und sage: Man folge nicht dem Votum des Wissenschaftsrats, sondern wolle gegen dessen Votum an der Spallationstechnologie festhalten.

Das Argument der Koalition sei immer gewesen, man brauche eine Neuansiedlung von Großforschungseinrichtungen europäischer Größe. Man habe sich nie auf eine Technologie festgelegt. Es gebe genügend Großprojekte im europäischen Raum, die für eine Ansiedlung in den neuen Ländern geeignet seien. Warum solle man als Forschungsausschuss gegen den Wissenschaftsrat sagen, man wisse es besser. Davon rate man ab.

Wenn eine Großforschungseinrichtung des Bundes – das Hahn-Meitner-Institut – eine zweite Bewerbung nicht unterstütze, müsse man nach den Gründen fragen. Die Fraktion der CDU/CSU habe die These vorgetragen, es läge daran, dass die entscheidenden Gremien der Wissenschaft von der Politik dominiert würden. Dies sei ein starker Vorwurf, insbesondere gegenüber dem Wissenschaftsrat. Man werfe damit dem Selbststeuerungsgremium der Wissenschaft vor, politisch manipulierbar zu sein.

Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass sich die Wissenschaftler, die für Spallationstechnologie seien, innerhalb des Wissenschaftsrats nicht durchgesetzt hätten. Wenn die Regierung in einem nächsten Schritt auf die Stärke Deutschlands in einer bestimmten Technologie setze, sei dies legitimes Recht der Exekutive. Unberührt davon sei die Frage, wie Ostdeutschland weiter entwickelt werden könne. Man müsse sehen, welche Großforschungseinrichtungen im Gespräch seien, und wenn die Ansiedlung einer solchen Großforschungsanlage nicht gelinge, welche geeigneten Wege es gebe, über Substitutionen nachzudenken.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass der Wissenschaftsrat in seiner Qualität und seinen Aussagen nicht angezweifelt werde, und sie unterstelle, dass auch die Opposition dies nicht tue. Wenn man ein Votum des Wissenschaftsrats politisch anders bewerte, könne die politische Bewertung zusätzliche Argumente liefern, die der Wissenschaftsrat – eventuell auch aufgrund eines fehlenden Auftrages durch die Politik – nicht beachtet habe. Dann komme es zu dem, was die Opposition der Bundesregierung vorwerfe: die Politik greife ein. Es stelle sich die Frage, ob die Opposition eine politische Bewertung wolle. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehme die Wissenschaftsvoten sehr ernst und greife sie auf, aber man müsse auch genau darauf achten, wie die Politik damit verfare. Man sei aufgrund der derzeitigen Nutzung von Reaktoren mit hoch angereichertem, damit waffentauglichem Uran dafür, für die zwingend erforderliche Neutronenforschung Spallationsquellen zu benutzen. Dieses Kriterium hätte der Wissenschaftsrat nicht zu beurteilen, beachte dies angesichts der Ereignisse des 11. September aber genau. Sie unterstütze die Bemühungen, wie mehr Arbeitsplätze in den Osten gebracht werden könnten. Man müsse darauf achten, Großforschungseinrichtungen und auch kleinere Forschungseinrichtungen dort anzusiedeln, die wirklich Arbeitsplätze schaffen könnten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt klar, dass der Wissenschaftsrat unabhängig entscheiden könne. Die Ausgangslage verändere sich. Im Mai 2002 habe es in Bonn einen Kongress zum Thema Spallations-Neutronenquellen gegeben, in dem vom Wissenschaftsrat Fragestellungen und Kritikpunkte entwickelt wurden, die nicht mehr in den damaligen Antrag der Scientific-Community eingebaut werden konnten. Deshalb gebe es jetzt die Initiativen der Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt, diese Kritikpunkte aufzunehmen und einen veränderten Antrag zu stellen. Man wolle, dass der Wissenschaftsrat erneut sachbezogen über diese Anträge entscheiden könne. In einer zweiten Runde solle die Politik diskutieren, ob ein solches Projekt unter finanziellen Gesichtspunkten realisierbar sei. Danach sei die Standortfrage zu entscheiden. Ohne ein zweites Votum des Wissenschaftsrats werde es eine Spallationsquelle wahrscheinlich weder in Deutschland noch in Europa geben. Das sei Gegenstand des Antrages der Fraktion der CDU/CSU und im Wesentlichen auch der Fraktion der FDP.

Die **Fraktion der FDP** stellt zu der Stellungnahme der Fraktion der SPD, der Wissenschaftsrat habe ESS abgelehnt, fest: ESS sei vom Wissenschaftsrat nicht abgelehnt worden, er habe im November 2002 vorerst keine Förderempfehlung gegeben. Man habe sich mit den Bewerberländern auf ein neues Bewerberverfahren in zwei Schritten geeinigt. Der Wissenschaftsrat werde frühestens Ende 2003 neu evaluieren. Es wird gefragt, ob man davon ausgehen könne, dass die Bundesregierung zukünftig nicht mehr an Ausschuss und Parlament vorbei ihre Entscheidung über zukünftige Großgeräte treffe. Mit Bezug auf die Aussage im Koalitionsvertrag, bis 2006 in den neuen Bundesländern ein Großgerät anzusiedeln, fragt sie, welches es sein solle, wenn nicht die ESS.

Die **Bundesregierung** antwortet auf die Behauptung der Fraktion der CDU/CSU, die Wissenschaft hielte das Projekt für wichtiger, als die Politik dies tue und das BMBF würde über politische Manipulationen die Durchsetzung einer wissenschaftlichen Entscheidung verhindern. Das Gegenteil sei der Fall. Die Wissenschaft habe ein Urteil gefällt: Der Wissenschaftsrat habe die Spallations-Neutronenquelle als „zurzeit nicht zur Förderung zu empfehlen“ eingestuft. Dieses Begutachtungsverfahren werde von der Bundesregierung respektiert. Es werde der Versuch von der Opposition unternommen, eine wissenschaftliche Empfehlung politisch zu manipulieren. Insgesamt gehe es bei den beantragten Großgeräten um ein Volumen von 7 Mrd. Euro. Es stehe neben der wissenschaftlichen Empfehlung natürlich die Frage, welche Projekte zu welchem Zeitraum finanziert werden könnten. Diese Frage müsse letztendlich durch das Parlament über die Haushaltsberatungen mit entschieden werden.

In der vergangenen Woche sei die Grundsteinlegung des Hochmagnetfeldlabors in Dresden erfolgt. Man sei sich einig gewesen, dass es sich um ein Projekt von hervorragender internationaler Bedeutung handle. Man könne bedauern, dass es aus den neuen Bundesländern neben dem Hochmagnetfeldlabor in Dresden nur eine zweite Bewerbung, jene für die ESS, gegeben habe. Eines der beiden Großgeräte sei vom Wissenschaftsrat gegenwärtig nicht zur Förderung empfohlen worden. Hinzu käme, dass das ESS-Projekt nur in internationaler Kooperation finanzierbar sei. Diese internationale Kooperation und die finanziellen Zusagen gebe es gegenwärtig nicht. Mit der Entscheidung für den freien Elektronenröntgenlaser schaffe man im Übrigen eine Möglichkeit zur Erforschung im Bereich der kondensierten Materie, die Weltspitze sein werde

und die neben der Forschung mittels Neutronen der zweite wichtige Bereich sei.

In Deutschland gebe es weltweit derzeit für Forschungsmöglichkeiten mit Neutronen die höchste Forschungsdichte.

Derzeit sei keine neue Begutachtung durch den Wissenschaftsrat beantragt. Die Bundesregierung habe ihre Empfehlungen vom Wissenschaftsrat bekommen, an die man sich halte. Die Einbindung des Ausschusses erfolge über die Einstellung der Haushaltsmittel, um derartige Großgeräte bauen zu können. Die Finanzierung für die im Mittelumfang größeren Projekte sei noch nicht konkret besprochen worden. Es gebe eine Vorentscheidung, diese beiden Projekte weiter zu verfolgen, eine Bauentscheidung könne frühestens in zwei Jahren getroffen werden.

Verlauf der abschließenden Beratung des Ausschusses in der Sitzung am 16. Februar 2005

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird verlangt, dass es in Europa eine Spallations-Neutronenquelle geben solle – es gebe auch klare Bekenntnisse der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen, die entsprechenden Haushaltsmittel mit zu tragen. Tony Blair sei sehr aktiv in Großbritannien und habe den Auftrag erteilt, die Standortbewerbung Englands zu prüfen. Im Rahmen der Sitzung des europäischen Forschungsministerrates am 20. Dezember 2004 in Brüssel sei die ESS nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Die vom Sitzland der ESS geforderte Mindestbeteiligung von 50 Prozent der Baukosten stehe nicht dem deutschen Ziel der Forschungsausgaben in Höhe von 3 Prozent des BIP im Wege. Eigentlich müsse durch eine neue Großforschungseinrichtung dieses Ziel erreicht werden, was dem Verständnis der Fraktion der FDP nach auch die Intention des Koalitionsvertrags gewesen sei. Dort habe sich die Koalition zu einem Großforschungsprojekt, insbesondere in den strukturschwachen neuen Bundesländern, bekannt. Die Oppositionsfraktion habe eine Initiative aus der Koalitionsvereinbarung der Regierungsfractionen aufgegriffen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** fordert, dass die Forschungspolitiker die Entscheidung, wo und wie die Mittel investiert würden, mit einer besonderen Sorgfalt treffen müssten. Auch im Bereich von Forschung und Entwicklung gebe es Fehlinvestitionen.

Man müsse nach Feldern suchen, wo im Sinne der Lissabon-Strategie eine besondere Fortschrittsrendite zu erwarten sei. Es sei zweifelsfrei, dass Europa im Bereich der Neutronenforschung eine vorrangige Position im internationalen Vergleich habe. Man stehe also vor der Entscheidung, ob man diese Position aufgeben wolle. Die zweite Frage sei, welche Rolle sich Deutschland, auch aus seiner Forschungstradition heraus, in diesem Zusammenhang zubillige.

Für die Fraktion der CDU/CSU spiele der Umstand eine Rolle, dass im Oktober 2004 in Grenoble eine Nachfolgeorganisation des ESS-Council gegründet worden sei. Es seien neue europäische Staaten wie Ungarn hinzugekommen. Die Bundesregierung sei nicht vertreten gewesen, ein Umstand, der aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU in diesem Zusammenhang erklärungsbedürftig sei.

Sie werde beiden Anträgen zustimmen. Der Fraktion sei bewusst, dass sowohl die Sachstandsschilderungen in den beiden Anträgen, als auch die Verfahrensvorschläge zur

Bearbeitung des Sachverhalts überholt seien. Die Anträge lägen schon zwei Jahre vor.

Nicht überholt sei aber, dass es um die Erhaltung einer europäischen Führungsrolle in der Wissenschaftspolitik gehe und um die Frage, welche Rolle Deutschland in diesem Zusammenhang spiele. Es solle noch erwähnt werden, dass Sachsen und Sachsen-Anhalt Mitglieder der Nachfolgeorganisation des ESS-Councils seien. Man habe seinerzeit die Entscheidung des Wissenschaftsrats über Großgeräte der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung diskutiert. Die Fraktion der CDU/CSU habe die Expertise des Wissenschaftsrats nicht in Zweifel zu ziehen. Ziel vor dem Hintergrund eines begrenzten Finanzrahmens sei aus ihrer Sicht, anerkannten Forschungsstellen in Deutschland durch Modernisierung der Ausrüstung eine Perspektive zu geben. Der Wissenschaftsrat mache keinerlei Empfehlungen, die in wirkliches Neuland führten. Die Fraktion verweist auf die beiden Antragsteller Sachsen und Sachsen-Anhalt: man würde mit einer solchen Forschungsinvestition im Sinne der rot-grünen Koalitionsvereinbarung durchaus ein Zeichen für den Aufbau Ost setzen können.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe zu Recht darauf hingewiesen, dass man die vorhandenen Stärken Europas herausarbeiten und weiter fördern solle. Es wird hervorgehoben, dass es sich um eine Neutronenquelle ohne Proliferationsrisiko handle. Wenn den häufig vorgebrachten Vorbehalten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegenüber anderen Neutronenquellen ein besonderer Nachdruck verliehen werden solle, so müsse diese den beiden vorliegenden Anträgen zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** antwortet der Fraktion der CDU/CSU, die sie aufgefordert habe, den Anträgen zuzustimmen, mit dem Hinweis, dass sie, nachdem die alte Bundesregierung mit dem Land Bayern und der TU München den Vertrag über den FRM II abgeschlossen habe, in Verhandlungen mit dem Land Bayern und der TU München habe treten wollen, um eine Umrüstung auf eine Technologie mit geringerem Proliferationsrisiko zu erwirken. Dies sei aber am Widerstand der Landesregierung in München gescheitert. Man habe sich dort mit dem Vorschlag nicht durchsetzen können, statt eines Neutronenreaktors eine Spallationsquelle zu bauen.

Wenn man jetzt sage, dass man aufgrund der Proliferation zusätzlich eine Neutronenquelle wolle, so müsse das vor dem Hintergrund diskutiert werden, ob das für die Neutronenforschung noch notwendig sei und wie es um die Finanzierung stehe. Wenn man jetzt höre, dass Sachsen und Sachsen-Anhalt sich beteiligen wollten, so wolle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerne wissen, in welcher Höhe. Wenn sie die Finanzkraft der beiden Länder sehe, könne sie sich eine Beteiligung in hinreichender Höhe nicht vorstellen. Vor dem Hintergrund könne man die Anträge nicht unterstützen.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird ausgeführt, dass für die Zukunft der Neutronenforschung nicht eine nationale, sondern eine gesamteuropäische Strategie zur Neutronenversorgung zu entwickeln sei. In dieser würden dann sicherlich auch europäische Spallationsquellen eine wichtige Rolle spielen. Die Entwicklung einer europäischen Strategie habe das europäische Strategieforum für Forschungsinfrastrukturen übernommen; dort sei Deutschland auch vertreten. Dort würden Diskussionen geführt und Vorschläge erarbeitet, und im Rahmen einer solchen europäischen Strategie würde die deutsche Neutronenforschung eine wichtige Rolle spielen. Deshalb könne überhaupt keine Rede davon sein, dass die Regierung die Neutronenforschung in Deutschland für weniger wichtig halte oder dass sie hier eine Position aufgebe.

Das Gegenteil sei der Fall: in Deutschland gebe es so viele Neutronenstrahlquellen wie sonst nirgendwo in Europa. Man habe die weltweit leistungsfähigste Neutronenstrahlquelle mit dem FRM II in München gerade im letzten Jahr eröffnet. Diese Quelle sei damals von der Koalition der CDU/CSU mit der FDP mit sehr vielen Bundesmitteln initiiert und beschlossen worden. Es gebe weiterhin eine Beteiligung am Forschungsreaktor in Grenoble; diese Beteiligung werde die Regierung auch nicht einstellen – man beteilige sich dort zu einem Drittel.

Man habe den Forschungsreaktor BER II am Hahn-Meitner-Institut in Berlin, wo zurzeit auf Empfehlung des Wissenschaftsrats eine neue Neutronenleiterhalle mit neuer Instrumentierung gebaut werde.

Sie verweist auf den Forschungsreaktor FRJ 2 am Forschungszentrum Jülich. Von Jülicher Seite sei gewollt, dass man, wenn der Forschungsreaktor in Jülich in absehbarer Zeit nicht mehr betrieben werden könne, seine Aktivitäten ans FRM II nach München verlagere.

Es gebe den Forschungsreaktor FRG-1 im GKSS-Forschungszentrum Geesthacht und einen Nutzungsvertrag für den Forschungsreaktor in Dubna.

Von Seiten der Bundesregierung wird noch einmal in Erinnerung gerufen, dass die europäische Spallations-Neutronenquelle vom Wissenschaftsrat in seinen Empfehlungen nicht befürwortet worden sei. Der Wissenschaftsrat habe klare Prioritäten gesetzt für HALO, X-FEL und FAIR. Die Tatsache, dass inzwischen eine ganze Reihe von sehr forschungstarken Ländern das Memorandum of Understanding unterzeichnet hätten, unterstreiche, dass der Wissenschaftsrat richtig entschieden habe.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei den europäischen Diskussionen über die ESS vom Sitzland der erhebliche Beitrag von 50 Prozent der Baukosten erwartet werde.

Man müsse darauf achten, dass man solche Großgeräte fördere, die Forschungsmöglichkeiten eröffneten, die ohne sie nicht möglich wären. Dies sei bei X-FEL und bei FAIR der Fall.

Berlin, den 15. März 2005

Andrea Wicklein
Berichterstatlerin

Dr. Christoph Bergner
Berichterstatler

Hans-Josef Fell
Berichterstatler

Cornelia Pieper
Berichterstatlerin